

Österreichische Außenpolitik und erste Erfahrungen der EU-Präsidentschaft 2018

Es ist mir eine besondere Freude, heute hier an der Landesverteidigungsakademie zu sein und im Anschluss an die STRATEG-Jahreshauptversammlung einen Vortrag zum Thema „Österreichische Außenpolitik und erste Erfahrungen der EU-Präsidentschaft“ zu halten. Als, wie ich soeben erfahren habe, wiedergewählte Vizepräsidentin habe ich zur STRATEG seit vielen Jahren eine besonders enge Beziehung.

Mit der STRATEG verbinde ich viele Erinnerungen an lebhaftes Diskussionen. So anlässlich meiner Präsentation des Buches „Wachablöse – von der transatlantischen zur pazifischen Weltordnung“ Ende September 2017.

Die dritte Österreichische EU-Ratspräsidentschaft findet sowohl im Innen- wie im Außenverhältnis in einem anspruchsvollen Umfeld statt. Als Beispiele sind hier der Brexit sowie die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 anzuführen. Angesichts der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und der auslaufenden Amtszeit der Europäischen Kommission sind die Erwartungen an den österreichischen Vorsitz groß, zahlreiche Gesetzesprojekte voran beziehungsweise noch zu einem Abschluss zu bringen.

Auch in der Außenpolitik gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen. Seit einiger Zeit haben wir es mit bedeutenden geopolitischen Veränderungen zu tun. Diese fördern Instabilität und haben direkten Einfluss auf unsere Sicherheit.

Deshalb ist Sicherheit auch ein zentrales Thema unserer EU-Ratspräsidentschaft, die Österreich unter das Motto „Ein Europa, das schützt“ gestellt hat. Die drei Schwerpunktbereiche des österreichischen Vorsitzes sind Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Sicherung des Wohlstands und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft, genauer die Heranführung Südosteuropas an die EU.

Neben der Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Stabilität in unserer Nachbarschaft beschäftigen uns aber auch Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten. Ebenso sind wir bemüht, den effektiven Multilateralismus nicht nur zu bewahren, sondern wo auch immer möglich zu stärken.

Die dritte österreichische EU-Ratspräsidentschaft nach 1998 und 2006 ist die erste nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Die Vorsitzführung im Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) erfolgt dabei durch die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Federica Mogherini. In den letzten Wochen konnte ich die Hohe Vertreterin bei den EU-Kooperationsräten mit den Außenministern von Usbekistan und Tadschikistan sowie beim 50. Ministertreffen mit den EWR und EFTA Ländern vertreten. Wenngleich Österreich im RAB nicht den Vorsitz führt, ist es uns dennoch gelungen, die für uns wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten erfolgreich in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einfließen zu lassen. Wie gesagt: dem Thema Sicherheit kommt dabei eine ganz zentrale Bedeutung zu.

Dabei sind aus österreichischer Sicht drei Aspekte besonders wichtig: Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, die Stärkung der EU im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie die Förderung des effektiven Multilateralismus und die Einhaltung bestehender völkerrechtlicher Verträge.

1. Sicherheit durch Stabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft

Südosteuropa

Die Sicherheit und Stabilität Südosteuropas ist auch unsere eigene. Diese gilt es zu fördern, vor allem durch stärkere ökonomische Integration der Länder untereinander, aber auch über den Annäherungsprozess an die EU.

Österreich unterstützt diesen Prozess auf Basis klarer Richtlinien, wobei es an den Ländern liegt, die notwendigen Reformen durchzuführen.

Anlässlich des Informellen Treffens der EU-Außenminister, auch Gymnich genannt, Ende August in Wien bot sich die Gelegenheit einer ausführlichen Südosteuropa-Diskussion. Mit den Partnerländern Albanien, Montenegro, Mazedonien, Serbien und Türkei wurde überdies ein starkes Bekenntnis zur Stärkung eines effektiven Multilateralismus abgegeben.

In den letzten Monaten bin ich persönlich in alle sechs südosteuropäischen Länder gereist und habe auch regionale Initiativen zur stärkeren Zusammenarbeit im Beitrittsprozess initiiert.

Ukraine und Östliche Partnerschaft

Wie schon während des österr. OSZE-Vorsitzes 2017 ist die Krise in und um die Ukraine weiterhin eine der ganz großen Herausforderungen für die Sicherheit in Europa.

Leider haben verschiedene Entwicklungen der letzten Monate eher Rück- als Fortschritte gebracht, wie die Abhaltung illegaler „Wahlen“ in der Ostukraine und die zunehmende Militarisierung und Behinderung der Schifffahrt im Asowschen Meer.

Die jüngste Eskalation rund um die Straße von Kertsch, die am 25. November zu einem Beschuss ukrainischer Marineboote durch die russische Marine geführt hat, habe ich mit großer Besorgnis verfolgt und zur Einhaltung internationalen Rechts und zu Deeskalation aufgerufen.

Aus Sicht des EU-Ratsvorsitzes ist eine fortgesetzte einheitliche EU Positionierung zu diesen Entwicklungen unerlässlich. Die beim Außenministerrat am 19.11. begonnene Diskussion wird angesichts der aktuellen Entwicklungen selbstverständlich weitergeführt werden müssen.

Obwohl die Situation in der Ostukraine besorgniserregend bleibt, halten wir an einem Ausbau der Östlichen Partnerschaft fest, die die Region zu einem Raum der Sicherheit und Prosperität werden lassen soll. Im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes fanden mehrere Veranstaltungen der Östlichen Partnerschaft statt wie zum Beispiel das Treffen der Außenminister der EU mit jenen der sechs Teilnehmerstaaten. Am 7.12. werde ich zusammen mit Kommissar Johannes Hahn an der Jahreskonferenz der Östlichen Partnerschaft im Austria Center in Wien teilnehmen.

2. Sicherheit durch Stärkung der GSVP der EU

Die Stärkung der GSVP ist ein weiterer Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik. Sicherheit kann nur im Kollektiv gewährleistet werden. Eine bedeutende Initiative stellt die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit dar, an der 25 Mitgliedstaaten teilnehmen. Ziel dabei ist die Verbesserung der operativen Einsatzbereitschaft für GSVP-Operationen und Missionen, mehr Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsforschung und Entwicklung wie auch eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Cyberdefence.

Im Hinblick auf eine Europäische Armee sprechen der französische Präsident Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel von einer langfristigen Vision. Anlässlich meines Besuchs im NATO Hauptquartier, dem ersten eines österreichischen Außenministers seit 1996, hatte ich letzte Woche Gelegenheit, dieses Thema mit NATO Generalsekretär Stoltenberg zu erörtern. Derzeit realistisch ist ausschließlich eine pragmatische Vertiefung der Kooperation im Rahmen der GSVP.

3. Sicherheit durch Förderung des effektiven Multilateralismus

Die regelbasierte internationale Ordnung ist massiv unter Druck geraten. Einseitigkeit, Undifferenziertheit und populistischer Eigenzentrismus sind Gift für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand.

Daher gehört der effektive Multilateralismus heute mehr denn je zu den Prioritäten der österreichischen Außenpolitik und ist ein Schwerpunkt der österreichischen Ratspräsidentschaft. Österreich hat ein großes Interesse an einer globalen Ordnung, die auf einem starken, kooperativen, regelbasierten und effektiven multilateralen System mit den Vereinten Nationen im Zentrum beruht.

Österreich tritt in allen Internationalen Organisationen, z.B. UNO oder OSZE, sehr für die erfolgreiche Abstimmung der Mitgliedstaaten ein, damit die EU mit einer Stimme sprechen kann. Zwar ist dies nicht immer leicht, aber ein sinnvoller Beitrag der Präsidentschaft, den Multilateralismus innerhalb der EU zu stärken und nach außen effektiver zu machen.

Zudem wurden auf gemeinsame Initiative des österreichischen und bulgarischen Ratsvorsitzes beim RAB am 16.7.2018 Ratschlussfolgerungen anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Römer Status des Internationalen Strafgerichtshofs angenommen. Dabei bekräftigten die EU und ihre Mitgliedstaaten die politische Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof und den Kampf gegen Straflosigkeit.

4. Weitere Schwerpunkte/Brennpunkte der Außenpolitik

Türkei

Die österreichische Bundesregierung tritt unverändert für den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein. Gleichzeitig bleibt die Türkei aber wichtiger Partner für Europa, sei es bei Sicherheit, regionalen Fragen, Migration oder Wirtschaft.

Wir bemühen uns um gute bilaterale Beziehungen. Wir setzen uns für die Beendigung der türkischen Blockade Österreichs im Rahmen der NATO Partnerschaft für den Frieden ein. Die Verstärkung unserer Sicherheitskooperation ist in beiderseitigem Interesse. Die Türkei ist ein Frontstaat für die Bekämpfung des Islamischen Staates, wichtiger Partner für die Kontrolle der Rückkehrbewegungen von Foreign Terrorist Fighters und für eine Lösung des Syrien-Konflikts.

Jemen

Der bewaffnete Konflikt im Jemen hat zu einer der schlimmsten humanitären Notlagen weltweit geführt. 22,2 Millionen Jemeniten sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, 1,8 Millionen Kinder sind unterernährt und 14 Mio. Menschen sind vom Hunger bedroht. Österreich setzt sich aktiv für ein Ende des Blutvergießens ein. Meine Initiative, dass Jemen beim RAB am 19.11 ein formeller Tagesordnungspunkt wird, wurde angenommen. Dabei habe ich darauf gedrängt, dass sich die EU stärker als bisher bei den Bemühungen zur Beendigung des schrecklichen Krieges und zum Beginn eines politischen Prozesses über die Zukunft des Jemen einbringt.

Die Vereinbarung über die Evakuierung von Houthi-Kämpfern im Oman, der Austausch von Gefangenen sowie die Bereitschaft zu Gesprächen in Stockholm sind wichtige Schritte nach vorne und geben Hoffnung auf Deeskalation und vertrauensbildende Maßnahmen.

Wir unterstützen die Vermittlungsbemühungen von Sondergesandtem Martin Griffiths. Aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) habe ich eine weitere Million Euro Soforthilfe für die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung freigegeben.

Syrien

Der österreichische Vorsitz war von Beginn an bemüht, die in Syrien wichtigen Akteure an einen Tisch zu bringen. Die Hohe Vertreterin Federica Mogherini hat dabei meine beim informellen Außenminister-Treffen Ende August in Wien eingebrachte Initiative aufgenommen, am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine Veranstaltung zu Syrien anzusetzen, an der auch Vertreter der Vereinigten Staaten und Russland teilnahmen.

Der von den Vereinten Nationen geführte politische Prozess hat mit dem Gipfel in Istanbul, an dem Russland, die Türkei, Frankreich und Deutschland teilnahmen, im Grunde wieder Auftrieb erhalten. Wir hoffen, dass der Verfassungsausschuss, der alle maßgeblichen syrischen Kräfte umfassen soll, bis Jahresende tatsächlich geformt werden und auch zusammentreten kann.

Asien

Asien ist mir aufgrund der aktuellen geopolitischen Veränderungen ein besonderes Anliegen. Um auf die wachsende Bedeutung Asiens einzugehen, habe ich einen Asien-Schwerpunkt in unserer Außenpolitik festgelegt.

Japan, China und die ASEAN Staaten haben für uns nicht nur wirtschaftliche Bedeutung, sondern sind wichtige Partner im Bemühen um eine Stärkung des effektiven Multilateralismus.

Die Zeit des EU-Ratsvorsitzes enthält ein reichhaltiges Asien-Programm. Darunter fielen die EU-Gipfel mit China, Japan und Südkorea oder die Unterzeichnung mehrerer Abkommen, wie z.B. von EU-Abkommen mit Japan und Singapur. Im Juli empfing ich sowohl den chinesischen Außenminister Wang als auch den japanischen Außenminister Kono zu längeren Gesprächen im Außenministerium.

Zu einem der Höhepunkte unserer Ratspräsidentschaft zählte der ASEM-Gipfel in Brüssel, bei dem Staats- und Regierungschefs aus über 50 asiatischen und europäischen Ländern zusammentrafen.

Afrika

Österreich leistet einen konkreten Beitrag zur Stärkung der Beziehungen der EU mit Afrika. In Umsetzung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „neuen Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Jobs“ hat Bundeskanzler Sebastian Kurz gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Afrikanischen Union Präsident Paul Kagame aus Ruanda zu einem High Level Forum am 18.12. nach Wien eingeladen. Ziel dieses Forums ist Potentiale in den Bereichen Innovation und Digitalisierung aufzuzeigen, damit diese besser genutzt werden können. Vor allem geht es um die Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den afrikanischen Partnern.

Neben unserer aktiven Mitwirkung in der GASP und in internationalen Organisationen haben wir mit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) und der Auslandskultur auch im bilateralen Bereich wichtige Instrumente der Außenpolitik, die es uns erlauben, positiv zu wirken und internationale Präsenz zu erzeugen.

Entwicklungszusammenarbeit

Das Dreijahresprogramm (2019-2021) gibt die thematischen und geografischen Prioritäten der österreichischen Entwicklungspolitik vor. Die wichtigsten thematischen Neuerungen im Vergleich zum ablaufenden Dreijahresprogramm sind die erstmals vollständige Ausrichtung auf die sog. Agenda 2030, also den UN Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung, sowie der Fokus auf Frauen und Migration.

Im Bereich der Migration ist unser Ziel, dazu beizutragen, die Zukunftsperspektiven der Menschen vor Ort zu verbessern, damit wieder Sinn darin gesehen, ihre Zukunft im eigenen Land aufzubauen. In diesem Sinne haben wir bereits 2018 über die ADA (Austrian Development Agency) migrationsrelevante Projekte im Ausmaß von 43,3 Millionen Euro abgewickelt und werden daran im Rahmen des neuen Dreijahresprogramms weiterarbeiten.

In den ärmsten Entwicklungsländern (LDCs), insbesondere in Afrika, setzen wir auf langfristige Strategische Partnerschaften zur Armutsbekämpfung (Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik und Bhutan).

Als Mitglied der Europäischen Union, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Vereinten Nationen (VN) und der Weltbankgruppe gestaltet Österreich

auch die internationale Entwicklungspolitik mit, engagiert sich in internationalen Finanzinstitutionen und entwicklungspolitischen Foren.

Österreich hat sich als EU-Ratsvorsitz konsequent dafür eingesetzt, dass die Prinzipien Effizienz, Effektivität, Ergebnisorientierung und Geschlechtergleichheit auch im Bereich der EU Entwicklungszusammenarbeit umfassend berücksichtigt wurden.

Unter der österreichischen Präsidentschaft begannen die Verhandlungen zum Cotonou-Folgeabkommen. Damit sollen die Beziehungen zwischen der EU und der Gruppe der Afrika/Karibik/Pazifik-Länder auf eine neue Vertragsbasis gestellt werden. Österreich hat erfolgreich sichergestellt, dass der Ratsvorsitz als Vertreter der Interessen der EU-Mitgliedstaaten angemessen im Verhandlungsprozess berücksichtigt wird.

Ausblick

Wir werden auch in den verbleibenden Wochen der Ratspräsidentschaft unsere hervorragende Kooperation und enge Abstimmung mit der Hohen Vertreterin Mogherini und den anderen Mitgliedstaaten fortsetzen, insbesondere mit den Trio-Partnern Estland und Bulgarien sowie mit der kommenden rumänischen Präsidentschaft.

Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen für den Gipfel von Sibiu im Mai 2019, dessen Schwerpunkt auf der Diskussion über die Zukunft der EU liegen wird.

Egal ob im Innenverhältnis oder im Bereich der GASP, es müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden, um den wichtigsten aktuellen Herausforderungen begegnen zu können. Einerseits um die EU nach innen wie nach außen in der Zukunft widerstandsfähiger zu machen, andererseits um das Vertrauen in die EU innerhalb Europas und darüber hinaus zu stärken.

Die Außenpolitik kann und wird einen wichtigen Beitrag leisten, um diese Prioritäten umzusetzen und um jenes Maß an Sicherheit und Schutz sicherzustellen, das für die Zukunft unseres gemeinsamen Projektes Europa unerlässlich ist.